

# Zukunftspapier Sachsen-Anhalt 2035

## Inhalt

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>2</b>
<b>Unser Anliegen.....</b>	<b>3</b>
<b>Bekennnis zu dezentraler Vielfalt.....</b>	<b>4</b>
<b>Visionen zu einzelnen Handlungsfeldern .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe .....</b>	<b>5</b>
1.1. Gesellschaftliche Teilhabe und intergenerative Beziehungen 2035.....	6
1.2. Aufgewertete Familien 2035 .....	7
1.3. Gestärkte Kommunen 2035.....	8
1.4. Medizinische Versorgung 2035 .....	10
1.5. Migration und Integration 2035 .....	11
1.6. Digitalisierung und Energie- und Wasserversorgung 2035 .....	11
1.7. Wohnen und ÖPNV 2035.....	12
<b>2. Bildung – Arbeit – Wirtschaft .....</b>	<b>13</b>
2.1. Die Wirkungskette Bildung – Arbeit – Wirtschaft 2035.....	13
2.2. Sachsen-Anhalt als Vorreiter bei der Verwirklichung von Bildungschancen 2035 .....	15
<b>Vision 2035 im Überblick.....</b>	<b>18</b>

## Die Mitglieder des Demografie-Beirats Sachsen-Anhalt 2016–2021

Markus Behrens (Geschäftsführer Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) • Dr. Reinhard Grütz (Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Magdeburg) • Jens Hennicke (Geschäftsführer Medizinischer Dienst Sachsen-Anhalt e.V.) • Dieter Klein • Prof. Dr. Winfried Kluth (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) • Martina Kolbe (Geschäftsführerin Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.) • Berward Küper (Oberbürgermeister Stadt Naumburg) • Mamad Mohamad (Geschäftsführer Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.) • Prof. Dr. Peer Pasternack (Sprecher Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt) • Klaus Roes (Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände LAGF) • Steffi Schikor (Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.) • Dr. Annette Schneider-Reinhard (Geschäftsführerin Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V.) • Prof. Dr. Jutta Schnitzer-Ungefug (bis 2020 Generalsekretärin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina) • Prof. Dr. Jürgen Wolf (Hochschule Magdeburg-Stendal)

## Zusammenfassung

Was passiert, wenn nichts passiert? Wenn nicht entschieden gegengesteuert wird, ist die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt bis 2035 deutlich geschrumpft und im Durchschnitt wesentlich älter als heute. Insbesondere Familien sind dann in die urbanen Ballungsräume gezogen, weil gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabemöglichkeiten im ländlichen Raum nicht gegeben sind. Ganze Dörfer wurden aufgegeben und die wenige verbliebene, meist ältere Bevölkerung sich selbst überlassen.

Dieses Szenario wird aber bis 2035 nicht eintreten, denn Sachsen-Anhalt ist dann familiengerecht, bildungsorientiert, wirtschaftlich erfolgreich, und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat hohe Priorität und ist handlungsleitend. Das große gemeinsame Ziel soll daher sein, die im Land Sachsen-Anhalt vorhandenen vielfältigen Ideen und Potenziale so zu mobilisieren, dass im Jahr 2035

- gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land anzutreffen sind,
- Sachsen-Anhalt wirtschaftlich erfolgreicher ist als heute und
- das „Rote-Laterne-Image“ nur noch in der Erinnerung besteht.

Innovation und Veränderung brauchen mutige und selbstkritische politisch Verantwortliche, die bereit sind, Ministerien und Verwaltung einem grundlegenden Organisationsumbau zu unterziehen, den die aktuellen Prozesse der Digitalisierung, des Klimawandels und des demografischen Übergangs ohnehin einfordern. Dann können unsere Kommunen durch heterogene Qualitäten für heterogene Zielgruppen punkten.

Aber dies kann nur gelingen, wenn wir uns zu mehr Autonomie bekennen und das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden:

- *Autonomie*: Autonomie bedeutet vor allem, dass eine Ordnung der Belange nicht durch Außenstehende oktroyiert, sondern durch die Betroffenen selbst hergestellt wird. Dazu müssen lokale und regionale Handlungsspielräume deutlich ausgeweitet werden, Regionalbudgets können kreative Lösungen vor Ort ermöglichen.
- *Subsidiaritätsprinzip*: Subsidiarität bedeutet, dass Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen so weit wie möglich von der untersten Ebene initiiert werden. Nur wo dies nicht möglich ist, greifen höhere Ebenen unterstützend ein. In Sachsen-Anhalt bedarf es dazu einer deutlichen Entbürokratisierung und Anpassung des Verwaltungshandelns.

Wenn Sachsen-Anhalt bereit ist, diesen beiden Grundprinzipien zu folgen, dann kann es gelingen, die im folgenden beschriebenen Herausforderungen zu meistern und die skizzierten Visionen zu einzelnen Handlungsfeldern zu verwirklichen. Die Frage, die man sich immer wieder vor Augen halten muss, ist: Vor welchen Problematiken würden wir 2035 stehen, wenn alles so weiterläuft wie bisher?

Dort, wo die zentrale Wahrnehmung der Daseinsvorsorge versagt, müssen wieder Rahmenbedingungen für eine regionale bis hin zur individuellen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge geschaffen werden. Das betrifft

- die medizinische Versorgung
- die gesellschaftliche Teilhabe und intergenerationale Beziehungen
- die Aufwertung der Familien
- die Gestaltung von Migration und Integration
- die digitale Infrastruktur
- die Stärkung der Kommunen
- die Gestaltung von Wohnen und ÖPNV

und vor allem Bildung. Diese ist eine grundlegende Voraussetzung für dreierlei:

- für die gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen,
- für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und
- für die Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

Diese drei Punkte fließen darin zusammen, dass nur auf der Basis von Bildung und Qualifikation Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Allein so wiederum kann die Wirtschaftskraft des Landes erhalten und gestärkt werden.

## Unser Anliegen

Der Demografie-Beirat des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt schaut 2021 nicht in eine Glaskugel, hat aber eine klare Vision. Denn nur mit einer Vision, die unabhängig von Legislaturperioden und Parteienwettbewerb ist, wird es möglich sein, nachhaltige Veränderung zu initiieren, große Ziele anzugehen.

Die nachfolgenden Gedanken und Vorschläge verstehen sich als Aufruf an alle Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, an jeden Einzelnen, der in Sachsen-Anhalt lebt, die Zukunft dieses Bundeslandes aktiv mitzugestalten.

Es wird Zeit für mehr parteiübergreifende Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Bundesland friedlich miteinander leben wollen. Es wird Zeit, persönliche Befindlichkeiten, überholtes Wissen, traditionelles „Weiter so“ und das eigene Ego hintanzustellen – zu Gunsten eines neuen, schwierigen Weges, zu Gunsten einer politikinteressierten Bevölkerung, die sich respektiert und angenommen fühlt in all ihrer Zustimmung und auch in ihrer Kritik, nicht nur in den Monaten vor den Wahlen.

Die Verfasser rufen die Leserinnen und Leser dazu auf, sich aus den nachfolgenden Schwerpunkten jene zu wählen, die ihre Zustimmung finden und diese mitzutragen, sie aktiv anzugehen. All jenes, was diskussionswürdig scheint, soll diskutiert werden, aber immer mit dem Ziel, es nicht nur kleinzureden, sondern gegebenenfalls zukunftsorientierte, kreative Alternativen anzubieten.

Schließlich noch eines zum Geleit: Die visionären Ziele in diesem Papier basieren auf der Annahme, dass Bürger und Bürgerinnen in diesem Bundesland leben, deren Intention es ist, mit sich und ihren Nächsten, ihren Freunden, ihren Kolleginnen und Kollegen und allen Menschen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld in Einklang und Zufriedenheit leben zu wollen. Es geht von einer Bürgerschaft aus, die klar hinter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht und diese auch reflektiert als Errungenschaft vertritt – nicht zuletzt als eine Errungenschaft der Umwälzungen 1989/90, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern der Bezirke Halle und Magdeburg in Gang gesetzt worden waren. Und die heute vielleicht auch das Gemeinwohl, wenn erforderlich, über persönliches Wohl stellen können und möchten.

## Bekenntnis zu dezentraler Vielfalt

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolg Deutschlands beruht auf regionaler, politischer und kultureller Vielfalt. Selbstverwaltung und Eigenverantwortung haben in Wirtschaft und Gesellschaft immer wieder kreative Potenziale freigesetzt. Deshalb erscheint es sinnvoll, auch mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen, die dafür relevanten Institutionen zu stärken, ohne den Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene aus seiner Pflicht zur Schaffung einheitlicher und sachgerechter Rahmenbedingungen für Wettbewerb und Entwicklung zu nehmen.

Innovation und Veränderung brauchen zuerst einmal mutige und selbstkritische politisch Verantwortliche, die bereit sind, Ministerien und Verwaltung einem grundlegenden Organisationsumbau zu unterziehen, den die aktuellen Prozesse der Digitalisierung, des Klimawandels und des demografischen Übergangs in verschiedenen Bereichen ohnehin mit großer Wirkungsmacht einfordern. Nach einem sicherlich Jahre dauernden Umbau kann es dann gelingen, Zukunftsthemen wirklich ressortübergreifend und zielorientiert anzugehen. Dann können unsere Kommunen beispielsweise durch heterogene Qualitäten für heterogene Zielgruppen punkten, sind einige Kleinstädte attraktiver für Jüngere, andere können sich zu lebenswerten „städtischen und ländlichen Seniorenresidenzen“ entwickeln, um die wir dann europaweit beneidet werden.

Aber dies alles kann nur gelingen, wenn wir uns zu mehr Autonomie bekennen und das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden:

- **Autonomie:** Politische und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme gelingt, wenn die Mitglieder einer sozialen Gruppe oder Gesellschaft die Möglichkeit zum autonomen Handeln besitzen. Autonomie bedeutet hier vor allem, dass eine Ordnung der Belange dieser Gruppe nicht durch Außenstehende oktroyiert, sondern durch die Betroffenen selbst durch gesellschaftlichen Diskurs hergestellt wird. Dazu müssen lokale und regionale Handlungsspielräume deutlich ausgeweitet werden, denn Regionalbudgets können kreative Lösungen vor Ort ermöglichen.
- **Subsidiaritätsprinzip:** Subsidiarität bedeutet nichts anderes, als dass Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen, so weit wie möglich, vom Einzelnen, von der kleinsten Gruppe oder der untersten Ebene einer Organisationsform unternommen werden. Nur dann, wenn dies nicht möglich ist, sollen sukzessive größere Gruppen oder höhere Ebenen einer Organisationsform subsidiär, das heißt unterstützend, eingreifen. In Sachsen-Anhalt müssen daher zügig alle einschlägigen Regelungen und Standards daraufhin überprüft werden, damit es im Ergebnis zu einer deutlichen Entbürokratisierung und Anpassung des Verwaltungshandelns kommen kann. Dann kann und sollte es, wie im Folgenden dargelegt, zu einer Aufwertung von Familien und Kommunen sowie zur Erleichterung der Nutzung der Genossenschaften als Rechtsform kommen.

Wenn Sachsen-Anhalt tatsächlich bereit ist, ab 2020 diesen beiden Grundprinzipien zu folgen, dann kann es gelingen, die im folgenden beschriebenen Herausforderungen und Visionen zu einzelnen Handlungsfeldern auch zu erreichen.

## Visionen zu einzelnen Handlungsfeldern

Sachsen-Anhalt ist bereits heute ein schrumpfendes Land. Wenn nicht entschieden gegengesteuert wird, verstärkt sich dieser Schrumpfungsprozess bis 2035. Begleitet wird dieser Prozess durch ein beständig wachsendes Durchschnittsalter der Bevölkerung.

Wie kann dem entgegengesteuert werden? Wie können die Zufriedenheit und damit auch die Fertilität der Bevölkerung deutlich gesteigert werden?

Zu den wichtigsten Themen, die vom Land Sachsen-Anhalt angepackt werden müssen, gehören

- Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe sowie
- Bildung in ihrem Zusammenhang mit Arbeit und Wirtschaftsentwicklung

Im Folgenden wird zunächst beschrieben, welche Probleme aus Nichthandeln entstehen würden. Anschließend wird jeweils eine Vision formuliert, die man verfolgen muss, damit die notwendigen Ziele für 2035 erreicht werden können. Die Frage, die man sich dabei immer wieder vor Augen halten muss, ist: Vor welchen Problematiken würden wir stehen, wenn alles so weiterläuft wie bisher?

### 1. Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe

Hinsichtlich der lokalen Lebensqualität stellen sich eine ganze Reihe von Fragen: Gibt es einen Bäcker, einen Fleischer, eine Poststelle oder einen Zeitungsladen? Welche Freizeitangebote eröffnen sich? Sind ein Hausarzt und eine Apotheke in der Nähe? Wie gut ist die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr? Welche Bildungs- und Kultureinrichtungen existieren? Welche Kinderbetreuungsangebote gibt es? Wo ist die nächste Schule? Wie weit müssen die Kinder fahren? Wie gut ist die Internetanbindung?

#### Negativszenario

All dies sind wichtige Aspekte, die Einfluss darauf haben, ob Menschen gehen oder bleiben. Was dann passierte, wenn nichts passiert, lässt sich folgendermaßen umreißen:

- Das übermäßige Wachstum der Ballungsräume und einiger privilegierter Zentren, einhergehend mit zunehmender Entvölkerung ländlicher und strukturschwacher Regionen wird sich mit allen heute schon bekannten Problemen verstärken. Das heißt, die Sicherstellung der Daseinsvorsorge wird auf der einen Seite mangels Bevölkerung und auf der anderen Seite wegen Überbevölkerung schwieriger bis unmöglich.
- Hinsichtlich der energetischen Versorgung führt die Beibehaltung unnötiger zentraler Versorgungsstrukturen zu immer höheren Wahrscheinlichkeiten flächendeckender Ausfälle im Netz.
- Weitere Abwanderung aus ländlichen Räumen in andere Regionen Deutschlands und Europas und damit verbunden zunehmende Probleme mit Gebäude-Leerstand sind wahrscheinlich. Zurück bleiben ältere Menschen, deren Versorgung in allen Bereichen immer schwieriger wird, weil die Infrastruktur nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Schließlich können Dörfer wüst fallen – vor allem in den hoch verschuldeten Kommunen.
- Die Bodenpreise sind in die Höhe geschossen, große Schläge werden von wenigen Personen und Robotern durch Großkonzerne bewirtschaftet. Lebensmittel aus der eigenen Region sind auch für Menschen in der Großstadt kaum noch erschwinglich.
- Die meisten Menschen haben kein Interesse mehr an Politik. Nur noch vereinzelte Wählergemeinschaften und Vereine sind politisch aktiv.

- In einzelnen Ortschaften haben sich junge Gemeinschaften zusammengeschlossen, die versuchen autark zu leben. Teilhabe ist vor allem durch Nachbarschaftsbeziehungen noch möglich.

## Vision

Ausschlaggebend sind insbesondere in den ländlichen Regionen das Gestalten respektive das Wiederherstellen des Alltagslebens. Der Zentralisierung von Angeboten stehen mobile Alternativen gegenüber. Staatliche und Gemeinde-Einrichtungen werden mit abgestimmten Vertragszielen von privaten Anbietern ergänzt und durch private Betreiber unter Einhaltung der Rahmenbedingungen geführt.

Mit einer Weiterentwicklung und Veränderung der Gesellschaft und des menschlichen Zusammenlebens muss die Definition dessen, was für die Daseinsmöglichkeit der Menschen erforderlich ist, immer neu erfolgen. Wie sieht (staatliche) Daseinsvorsorge im Jahr 2035 aus?

Die Daseinsvorsorge bleibt weiterhin prominente Aufgabe der verschiedenen staatlichen Ebenen. Angesichts der demografischen Entwicklung stößt zentrale Steuerung der Aufgaben aber an ihre Grenzen. Daher müssen dort, wo die zentrale Wahrnehmung der Daseinsvorsorge versagt, wieder Rahmenbedingungen für eine regionale bis hin zur individuellen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge geschaffen werden.

### 1.1. *Gesellschaftliche Teilhabe und intergenerative Beziehungen 2035*

Neben einer starken medizinischen Versorgung ist die möglichst intensive und langanhaltende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein essentielles Bedürfnis aller, vor allem aber der betagten Bevölkerungsgruppen. Ideen wurden entwickelt durch hohe Bürgerbeteiligungsprozesse, die von einer bürgernahen Verwaltung begleitet werden. Dabei werden alle Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen und die Teilhabe auf deren Möglichkeiten abgestimmt. Erreicht wurde dies durch

- regionale und lokale Finanzbudgets in Eigenverantwortung und -verwaltung unter hoher Mitbestimmung der Einwohner
- Unterstützung bei der Gründung von Genossenschaften in den Orten unter Beteiligung der kommunalen Verwaltungen
- frühzeitige Einbeziehung der Bewohner schon bei Erkundung von Bedarfen und möglicher Privatinitiativen sowie Abbau bürokratischer Hürden
- Einsatz von Bürgerbeteiligungskordinatoren
- ressortübergreifende Förderungen, die Anerkennung freiwilliger Leistungen im bürgerschaftlichen Engagement als unbare Leistungen bei Fördermittelanträgen und die Entschlackung der Fördermittelverwaltung
- regionale Austauschplattformen zu Themen wie Mobilität, ökologisches Bauen, Mehrgenerationenmodelle, Versorgungs- und Dienstleistungsangebote, Gesundheitsvorsorge, Möglichkeiten der Digitalisierung

Zusammenhalt hat sich entwickelt durch

- Mitarbeit in den Vereinen
- Pflege der umliegenden Kulturlandschaften: Erhalt und Wiederentwicklung der Artenvielfalt; gemeinsame Ökologisierung von Gebäuden und Anlegen von Grünflächen; Renaturierung von Gewässern
- Entwicklung von Energie-Autarkie über gemeinschaftliche (genossenschaftliche) Konzepte und Labore für erneuerbaren Strom und Wärmeversorgung
- Eröffnung und Erhalt von genossenschaftlich geführten Dorfläden: regionale Produkte als Chance, auch für Vernetzung Stadt-Land

- Besinnung auf und Neuentwicklung von Traditionen
- Landtourismus (z.B. Gärtnern lernen usw.)
- regelmäßige dörfliche Gemeinschaftsveranstaltungen wie Dorffeste, Flurumgänge
- Ermöglichung eines würdevollen Alterns in Gemeinschaft durch Nachbarschaftsstrukturen und Pflegemodelle vor Ort
- Unterstützung von Kultur als Teil der Daseinsvorsorge und „Kitt“ der Gesellschaft

Ebenso im Fokus standen und stehen intergenerative Beziehungsmodelle:

- Entsprechende Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser verbinden die Lebenswelten aller Altersstufen miteinander und stärken den sozialen Zusammenhalt.
- Großelterndienste verbinden die Generationen über Ersatzomas und -opas ebenfalls auf positive Weise. Mit ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen unterstützen die Seniorinnen und Senioren die Kinderbetreuung und ergänzen mit wertvollen Anteilen den Schulunterricht sowie Ausbildungen. Vorlesen, Erzählen, Vermitteln von Handarbeiten, Weitergabe handwerklicher Techniken ermöglichen das Einbeziehen und fördern den Austausch zwischen Jung und Alt.
- Umgekehrt helfen die Jüngeren beim Umgang mit der digitalen Technik. Gemeinsame Videospiele mit Wissensinhalten, Geschicklichkeitsübungen oder sportliche Simulationen, führen die Generationen ebenfalls auf unterhaltsame Weise zusammen.
- Kollektive Treffpunkte wie Gemeinderäume, Kultur- oder Gesellschaftshäuser sind der örtliche Rahmen für das Zusammentreffen. Sie sind der Platz für kulturelle Veranstaltungen. Hier lassen sich Traditionen pflegen und erhalten.
- Die gemeinsame kulturelle Teilhabe durch die Erhaltung und Pflege von Kulturerbe – materiell und immateriell – stärkt das Gemeinschaftsgefühl und die Verbindung zwischen den Generationen.

## 1.2. *Aufgewertete Familien 2035*

Hinsichtlich der Aufwertung von Familien soll 2035 folgendes erreicht sein:

### *Familien und Zeit:*

- Betreuungszeiten und Randbetreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen, Horten und auch in (Tages-)Pflegeeinrichtungen sind vereinbarkeitsfokussiert ausgerichtet. Dabei umfasst der Fokus der Vereinbarkeit sowohl die Beschäftigten in den Einrichtungen als auch die Nutzenden bzw. deren Angehörige. An den zusätzlich entstehenden Kosten beteiligen sich auch die Arbeitgeber.
- Kindertageseinrichtungen und Schulen sind wohnort- oder arbeitsplatznah erreichbar.
- Souveränität in Arbeitszeit und Arbeitsort sind in der Arbeitswelt selbstverständlich. Unternehmensspezifische flexible Teilzeitmodelle und Tele-Arbeit werden mit den und für die Beschäftigten umgesetzt.
- Pflegeunterstützende Modelle sind ausgebaut, bekannt und akzeptiert. Die Unternehmen sind über pflegeunterstützende Modelle und ihre Anwendung informiert und sie haben sich zu Verbänden zusammengeschlossen, um Arbeitskräfte bei Bedarf zu teilen. Die Kommunen beteiligen sich sowohl als Ausrichter als auch als Arbeitgeber an KMU-Stammtischen zu Vereinbarkeitsfragen.
- Flächendeckend gibt es Familienbüros für alle Fragen zu Unterstützungsangeboten und Familienbildung. Sie gewährleisten einen unkomplizierten Zugang zu notwendigen Formularen und bieten Hilfe beim Ausfüllen der Formulare. Außerdem verfügen sie über die gesammelten regionalen Informationen zu Pflege und Betreuung von Kindern, älteren und pflegebedürftigen Menschen und stellen diese leicht verständlich und überschaubar zur Verfügung.
- Die öffentlich verantwortete Infrastruktur ist auf Aspekte der Vereinbarkeit ausgerichtet. Eine Abstimmung der Ämter bezüglich ihrer Öffnungszeiten ist gelebte Praxis.

- E-Gouvernement-Strukturen ermöglichen Normalprozeduren online. Dabei sind die Internetpräsenzen durchschaubar und an der Nutzerlogik ausgerichtet.

#### *Familien und Geld:*

- Gesellschaftliche Teilhabe ist mit jedem Familienbudget möglich. Angebote für Familien sind kostenfrei oder auf das jeweilige Einkommen abgestimmt.
- Kinderbetreuung (Elterngeld) und Pflegezeiten (bisher kreditfinanziert) sind gleichermaßen anerkannt und angeglichen. Die meisten Älteren können zuhause in der gewohnten Umgebung gepflegt werden, ohne dass für die pflegenden Angehörigen durch die dafür nötige Freistellung Einbußen beim Einkommen oder später bei der Rente zu befürchten sind.
- Die Kinderbetreuung (Kita und Hort) ist kostenfrei. Kinder sind nicht länger ein Armutsrisiko, denn die kindbezogenen Kosten konnten für die Familien deutlich reduziert werden.

#### *Familien und Infrastruktur:*

- Digitale Infrastruktur ist überall zugänglich. Eine flächendeckende digitale Infrastruktur ermöglicht die Kompensation geografischer Hürden. Sie ist Grundlage für zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten (Tele-Arbeit), ermöglicht Telemedizin und digitale Bildungsangebote. Sie ist ebenso Voraussetzung zur Nutzung der E-Gouvernement-Strukturen.
- Der Zugang zu präventiven und gesundheitsvorsorgerischen Angeboten ist gewährleistet. Eine alternde Gesellschaft und der Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum erforderten die Ausschöpfung aller Potentiale. Eine digitale Infrastruktur ermöglicht bspw. eine Basisversorgung mittels Telemedizin auch ohne physischen Kontakt zu einem Arzt. Zielgerichtete Angebote (bspw. Ärztehaus/Poliklinik) seitens der Kommunen basieren auf der Grundlage einer integrierten Sozialplanung.
- Lokale Begegnungsstätten werden multifunktional eingesetzt. Neben der Funktion als Treffpunkt von Vereinen und Gruppen, werden die Räume für Bildungs- und Kulturangebote, institutionelle Beratung und medizinische Betreuung („Dorfschwester“) genutzt.
- Mobilitätsangebote sind auf die Bedarfe aller Generationen ausgerichtet und finanzierbar. Das Thema Mobilität bekam Ende der 2010er Jahre, im Zuge der Klimapolitik, besondere Bedeutung – weg vom Verbrennungsmotor hin zu Alternativen. Mobilität ist insbesondere im ländlichen Raum zur Teilhabe am Arbeits-, Bildungs- und Gesellschaftsleben sowie zur Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten und zur ärztlichen Versorgung unerlässlich. Ein ausgebautes kostengünstiges/kostenfreies ÖPNV-Netz und innovative lokale Lösungen (Mitnahmebank oder online gestützte Mitfahrgelegenheiten) tragen dazu bei.

### *1.3. Gestärkte Kommunen 2035*

In Bezug auf die Kommunen werden bis 2035 die folgenden Maßnahmen besonders wichtig gewesen sein:

- Abbau der kommunalen Altverschuldung, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern
- Flexibilisierung von Standards und Abbau von Pflichtaufgaben, um Gestaltungsräume zu erweitern
- Stärkung der Gestaltungsrechte der Ortschaften, um die Anreize für das Engagement vor Ort zu erhöhen
- Verbesserung der Beratung und des Informationsaustauschs zwischen den Kommunen, um das Wissen über erfolgreiche und gescheiterte Projekte zu vermitteln
- Schließlich sind die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet. Bund und Land haben erkannt, dass das staatliche Gewaltmonopol nur mit genügend Personal aufrechterhalten werden kann.

Um das zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen, wurde die Nutzung der Rechtsform der Genossenschaft erleichtert, weil diese Rechtsform in besonderer Weise geeignet ist, Bürgerpartizipation zu fördern. Die Vision für 2035 könnte diesbezüglich die Folgende sein:

- Die Gründung von Bürger- oder Infrastrukturgenossenschaften wurde seitens des Landes durch die Übernahme der Gründungskosten erleichtert. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden eine leicht erreichbare Gründungsberatung etabliert.
- Um entsprechende Initiativen zu erleichtern, wurden zudem die Förderrichtlinien vereinheitlicht und flexibler gestaltet.
- Das an der MLU in Halle eingerichtete Informationssystem zur Entdeckung von Standards, die soziale Innovationen behindern (gesetzliche Regelungen, Verwaltungsvorschriften), hat wesentlich zur Entbürokratisierung beigetragen.

Ein wesentlicher Schritt war dabei die Entscheidung der Landesregierung, für das gesamte Land die Einführung einer Experimentierklausel für bundes- und landespolitische Regelungen und Standards zu erwirken. Sie ermöglichte in gewissen Bandbreiten Abweichungen von bundes- und landesrechtlichen Regelungen und damit Freiräume und individuelle Lösungen vor Ort.

Im Einzelnen sind folgende Schritte unternommen und Neuerungen eingeführt worden:

- Für die Entfaltung kommunalen und zivilgesellschaftlichen Engagements, das für die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels vor allem in den ländlichen und strukturschwachen Räumen unerlässlich war, sind ausreichend flexible und hinreichend finanzierte organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen worden.
- Gemeinsame Aufgaben und unternommene Anstrengungen auf kommunaler Ebene wirkten identitätsstiftend und begünstigten die Entstehung sozialen Kapitals. Das wiederum wirkte förderlich auf die Lebenszufriedenheit. Dazu war „Soziale Dorferneuerung“ in die Förderrichtlinie des Landes zur Dorferneuerung aufgenommen worden.
- Unter den Aspekten der beiden Grundprinzipien der Autonomie und Subsidiarität legte die Landesregierung früh ein Förderprogramm für die Gründung und Begleitung von Genossenschaften auf. Diese vielfältig entstandenen Genossenschaften sicherten einerseits wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge und andererseits sorgten sie für ein verstärktes Zusammenwachsen der örtlichen Gemeinschaften und Bewusstsein für die lokale Demokratie.
- Da Sachsen-Anhalt überwiegend ländlicher Raum ist, galt es, die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes zu gestalten. Angeregt durch die vielen Beiträge im Rahmen der Demografie-Richtlinie und des Demografiepreises, der mit großem Erfolg weitergeführt wurde, sowie durch die Ergebnisse der Kommission „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ wurde Sachsen-Anhalt ein Experimentierfeld für Innovation. Mit der Experimentierklausel wurden in Sachsen-Anhalt für bestimmte Aufgaben und Innovationen bundesgesetzliche Vorgaben flexibilisiert. Durch die enge Kooperation mit den Hochschulen des Landes erfolgte in den meisten Fällen die wissenschaftliche Begleitung und z.T. die Erprobung in Form von Projektarbeit und Praktika der Studierenden in Kooperation mit der Einwohnerschaft. Dies entpuppte sich als Anziehungspunkt für innovative und kreative Studierende.
- In Sachsen-Anhalt wurde somit bald die Umkehr des Trends vom Land in die Stadt spürbar. Die Sachsen-Anhalter – wohl wissend um ihr kulturelles Erbe als kleines Land mit großer Geschichte – hatten Lust am Ausprobieren und nutzten den Freiraum, den ihnen die Landesregierung im Land und im Bund geschaffen hatte. Daher sind 2035 in Sachsen-Anhalt neben den Großstädten Halle und Magdeburg nun auch die Dörfer und Kleinstädte lebendige und familiengerechte Lebensorte.
- Auf Grund unterschiedlicher geografischer Bedingungen und historischer Gegebenheiten bietet jeder Ort im Vergleich zu anderen Alleinstellungsmerkmale. Damit sind sie in unterschiedlicher Weise für die verschiedenen Altersgruppen als Wohn- und Arbeitsort attraktiv. In einigen Orten überwiegt ein jüngerer Bevölkerungsanteil, in anderen ein älterer, und wiederum in einigen Orten sind vor allem Menschen der mittleren Generation zuhause.

- Austausch und Hilfen zwischen den einzelnen Ortschaften sind durch verschiedene Netzwerke auf den unterschiedlichsten Ebenen gegeben.
- Neue Ideen werden durch hohe Bürgerbeteiligungsprozesse entwickelt, die von einer bürgernahen Verwaltung begleitet werden. Dabei werden alle Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen und die Teilhabe auf deren Möglichkeiten abgestimmt.
- Entscheidungen höherer Gremien werden gegenüber regionalen Gremien begründet.

Somit erwies sich Sachsen-Anhalt nicht nur als beispielhafter Vorreiter im demografischen Wandel, sondern auch in der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume.

#### 1.4. *Medizinische Versorgung 2035*

Für eine zunehmend älter werdende Bevölkerung nimmt die dauerhaft gute medizinische Versorgung mit schneller Erreichbarkeit einen zentralen Stellenwert ein. Hierbei gilt es insbesondere, die ländliche Gesundheitsversorgung zu sichern. Wichtige Elemente bilden dabei integrierte, also sektorenübergreifende Versorgung, Versorgungsassistenz- sowie Arzt-Netzwerke und Digitalisierung:

- Durch ein detailliertes Abstimmen untereinander sorgt die enge Zusammenarbeit der einzelnen Sektoren im Gesundheitswesen nicht nur für maximale Effizienz und einen optimalen Behandlungsverlauf, sondern hilft zugleich, unnötige Kosten zu vermeiden.
- Krankenhäuser, Präventions- und Rehabilitationszentren stehen nach wie vor an zentralen Orten in guter Qualität zur Verfügung. Eine erweiterte Aufgabenkompetenz der Krankenhäuser im Rahmen der ambulanten Versorgung ist ebenso dienlich wie gebündelter Sachverstand in Medizinischen Versorgungszentren.
- Ein gutes Entlassmanagement der Krankenhäuser, in das über die ambulante Nachsorge hinaus Themenbereiche wie Pflege, Rehabilitation und Aspekte des Sozialwesens einfließen, sichert nach einem stationären Aufenthalt die bestmögliche Weiterversorgung für die Patienten.
- Die ambulante Versorgung in den ländlichen Gegenden hat sich stabilisiert, da die Position der Landärztin/des Landarztes durch Anreizsysteme wieder attraktiver geworden ist. Das Modell der Gemeindeschwester ist wiederentdeckt und gewährleistet eine ambulante Grundversorgung. Generell sind Kooperationen zwischen Haus- und Fachärzten, Krankenhäusern, Therapeuten und Pflegedienstleistern, auch über die Landesgrenze hinaus, die tragenden Säulen.
- Basis der intensiven Vernetzung und des schnellen Austauschs ist das Ausschöpfen der digitalen Möglichkeiten. Die digitale Infrastruktur ist so ausgebaut, dass auch in abgelegenen Gebieten ambulante Versorgung, digital unterstützt, möglich ist. Digitale Elemente und Roboter leisten in der Pflege einen zuträglichen Dienst. Die Telemedizin ist zusätzlich ein probates Mittel zum Überbrücken räumlicher Distanzen.
- Fahr- und Bringdienste oder mobile Arztpraxen stellen in den ländlichen Regionen hilfreiche Angebote dar. Die Ärzte selbst können bei ihrer Arbeit durch Versorgungsassistenz entlastet werden, indem bestimmte Aufgaben an spezialisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter delegiert werden. So übernehmen beispielsweise speziell qualifizierte medizinische Fachkräfte Betreuungsaufgaben.
- Pflege zuhause ist leichter möglich, da auch die Pflegeleistungen von Familienangehörigen und Nachbarn angemessen vergütet werden.
- Dank der flächendeckenden Breitbandversorgung helfen entsprechende Apps bei Vereinbarung und Vermittlung von einzelnen Leistungen.

## 1.5. Migration und Integration 2035

Migrantinnen und Migranten fühlen sich eingeladen und ziehen gern nach Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung und religiöser Zugehörigkeit gut und gerne leben. Deutlich wird dieses in folgenden Bereichen:

- Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben erkannt, dass eine vielfältige Gesellschaft eine reichere Gesellschaft ist. In Sachsen-Anhalt ist ein Bewusstsein gewachsen, dass Migrantinnen und Migranten keine Gefahr darstellen, sondern Ressourcen und Potenziale mitbringen, welche für das Gemeinwesen eine außerordentliche Relevanz haben. Sie bringen Kompetenzen und Fähigkeiten mit, die für die Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts enorm wichtig sind. Neben spezifischen Fachkenntnissen sind das vor allem Sprachkenntnisse, Welterfahrung sowie Erfahrungen im Umgang mit neuen Lebens- und Arbeitssituationen. Dementsprechend werden die Menschen, die nach Sachsen-Anhalt kommen, willkommen geheißen und dafür gesorgt, dass sie sich hier wohlfühlen.
- Das Land Sachsen-Anhalt hat erkannt, dass die Hemmnisse für Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft auf allen Ebenen abgebaut werden müssen. Es ist nicht mangelnder Wille, sondern es sind Sprachbarrieren, Unsicherheiten und Scham, aber auch Diskriminierungserfahrungen, die bei vielen dieser Menschen aus anderen Ländern ein Hemmnis darstellen, mit Einrichtungen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft in Kontakt zu treten. Auf der Suche nach Unterstützung haben sie entdeckt, dass es bereits zahlreiche engagierte Initiativen, Organisationen und Vereine gibt, die Brücken für Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund bauen und ihnen dabei helfen, diese Barriere zu überwinden. Sie haben sich dazu entschlossen, diese zu unterstützen und sich in diesen zu engagieren.
- Die Entscheidungsträger in Sachsen-Anhalt haben erkannt, dass Einrichtungen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft in Migrantenorganisationen Ansprechpartner haben. Mit ihrer Hilfe gelingt es, politische Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, damit Menschen aus anderen Ländern gerne nach Sachsen-Anhalt kommen und hier leben möchten. Um sich einen Überblick über migrations- und integrationspolitische Notwendigkeiten zu verschaffen, hat man sich ein differenzierteres Bild über Belange der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund verschafft.
- Die Entscheidungsträger richteten ihre Maßnahmen maßgeblich am Konzept der Transkulturalität aus. Das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft gelingt gut, weil die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Kulturen durchlässiger geworden sind, statt verfestigt worden zu sein.

## 1.6. Digitalisierung und Energie- und Wasserversorgung 2035

Nicht nur im Privatleben ist die digitale Grundversorgung ein wichtiger Faktor. Sie ist auch und gerade in der Arbeitswelt ein unerlässliches Kriterium für Einrichtungen, Unternehmen und Heimarbeitsplätze. Das war uns auch schon lange vor der Corona-Krise bewusst. Denn die Digitalisierung kann neue Anreize und Betätigungsfelder schaffen:

- Die Breitbandversorgung ist flächendeckend. Der Staat hat diese Aufgabe endgültig als grundlegenden Bestandteil der Daseinsvorsorge begriffen.
- Durch die flächendeckende Breitbandverfügbarkeit wurde die Grundlage für alle Menschen und Unternehmen geschaffen, schnelles Internet zu nutzen.
- Die frühzeitige und beständige Auseinandersetzung mit der Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt konnte verhindern, dass sich durch den Strukturwandel eine hohe Arbeitslosigkeit einstellte. Im Gegenteil: Durch gezielte Wirtschaftsförderung, umfangreiche Qualifizierungsangebote sowie umfassende Beratung von Unternehmen und Arbeitnehmern hat Sachsen-Anhalt den höchsten Beschäftigungsstand.

- Teilhabe an den Kommunikationsmöglichkeiten durch Nutzung des Breitbandanschlusses macht es für Unternehmer leichter, sich für den ländlichen Raum zu entscheiden. Ortsansässige Betriebe haben durch die nun vorhandenen Kommunikationsmöglichkeiten die Möglichkeit, ihre Geschäftsideen vor Ort zu entwickeln und müssen nicht mehr unbedingt in die Zentren abwandern.
- Mit der Digitalisierung werden flexible Arbeitszeitmodelle und die Chance zu ortsunabhängigem Arbeiten möglich. Dies sichert Fachkräfte und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Grundpfeiler der Daseinsvorsorge sind weiterhin die Energie- und Wasserversorgung. Der kommunale Einfluss auf die regionale Versorgung ist mindestens gleich geblieben und durch Rekommunalisierungen eher gewachsen:

- Die Versorgungssicherheit wird zunehmend nicht mehr durch die großen Übertragungsnetze gewährleistet, sondern über die regionalen und lokalen Verteilnetze. Die vor Ort produzierten erneuerbaren Energien werden aufgrund leistungsfähiger Speichertechnik, „power to gas“ etc. immer mehr direkt am Ort und regional verbraucht. Die Dezentralisierung der Versorgung verringert das Risiko eines überregionalen Netzzusammenbruchs (*black out*).
- Privathaushalte haben die Möglichkeit, sich selbst weitgehend autark mit Energie zu versorgen. Der Weg von einer zentralen, staatlich organisierten Versorgung hin zu einer individuellen Selbstversorgung ist frei.
- Die Wasserversorgung bleibt in bewährter Weise über kommunale Versorger dezentral gesichert. Bestrebungen der EU-Kommission, die Wasserversorgung zu entkommunalisieren und dem Markt zu unterwerfen, werden aufgrund der hohen Versorgungssicherheit und der hohen Qualitätsstandards, die sich in Deutschland entwickelt haben, fallen gelassen (*never change a running system*).
- Entsorgung und Kreislaufwirtschaft werden durch eine dezentrale und regionale Versorgungswirtschaft positiv beeinflusst.

### 1.7. Wohnen und ÖPNV 2035

Wohnen im ländlichen Raum ist zunehmend modernisiert, ruhig, bezahlbar und damit attraktiv:

- Dank gezielter Strukturförderung lässt sich wohnortnahes Arbeiten hier immer mehr verwirklichen. Dabei hilft die fortgeschrittene Digitalisierung.
- Tele-Arbeit ist möglich.
- Menschen, die im ländlichen Raum leben möchten, sind nicht mehr in jedem Fall gezwungen, in die Zentren zu ziehen.
- Wer in den Zentren leben möchte, findet aufgrund des verminderten Zuzug-Drucks auch dort noch bezahlbaren Wohnraum.

Das grundsätzlich gut ausgebaute Netz von Schienenfernverkehr, Schienennahverkehr und Bus besteht nach wie vor. Es ist nun ergänzt um folgende Aspekte:

- Die Bündelung der Tarifsysteme lässt eine gute Verknüpfung des ländlichen Raumes mit den Zentren auch über Ländergrenzen hinweg zu. Die in ländlichen Gegenden lebenden Menschen wissen und akzeptieren, dass der klassische ÖPNV niemals so leistungsfähig sein wird, dass er alle individuellen Mobilitätswünsche erfüllen kann. Selbsthilfe – z.B. dörfliche Mitfahrzentrale, Hol- und Bringendienste – ist eingeführt und zunehmend selbstverständlicher Bestandteil der dörflichen/ländlichen Lebenskultur.
- Rufbusse und lokale Mitfahrgelegenheiten, die zum Beispiel über Apps in Ortsgruppen angeboten und abgestimmt werden können, gewährleisten insbesondere im ländlichen Raum die Mobilität für ältere, natürlich aber auch für junge Menschen und stärken den sozialen Zusammenhalt. Gegebenenfalls sind dank der fortgeschrittenen Digitalisierung auch im ländlichen Raum selbstfahrende Shuttle keine Utopie mehr.

- Das ländliche Wegesystem ist so ausgebaut, dass auch mit dem Fahrrad zentrale Orte gut erreichbar sind. Der ÖPNV muss nicht mehr unbedingt benutzt werden, um sicher das Ziel zu erreichen.

## 2. Bildung – Arbeit – Wirtschaft

Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für dreierlei: für die gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und für die Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge. Alle drei Punkte fließen darin zusammen, dass nur auf der Basis von Bildung und Qualifikation Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Nur so wiederum kann die Wirtschaftskraft des Landes erhalten und gestärkt werden.

Im Bildungsbereich sind Fortschritte nur langfristig zu erzielen – einerseits. Andererseits wirken Bildungsfortschritte auch am nachhaltigsten. Sie sind ebenso die Voraussetzung für künftige Fachkräfteversorgung, Innovation und damit Produktivitätswachstum, wie sie Voraussetzungen für die künftige individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität sind.

Stellt man die Frage, über welche Hebel die Landespolitik verfügt, um Zukunftssicherung zu betreiben, so ergeben sich letztlich zwei zentrale Antworten: Infrastrukturgestaltung und Bildung. Andere Politikbereiche sind nicht unwichtig, aber vor allem gegenwartsorientiert. Weitere Handlungsbereiche werden von anderen Akteuren gestaltet, die entweder nichtstaatlich sind (Wirtschaft) oder nicht innerhalb des Landes agieren (Bund, EU). Vor diesem Horizont muss Bildung aus der Wahrnehmung eines ‚weichen‘ Faktors der Landesentwicklung befreit werden.

Die historische Herausforderung, die Chancen eines länger währenden Lebens seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger positiv zu gestalten, muss in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2035 gelungen sein. Die ländlichen Regionen sollten daran in entscheidendem Maße teilhaben.

Ein längeres Leben – meist bei guter Gesundheit – bedeutet, dass der beruflichen Bildung, aber auch dem lebenslangen Lernen entscheidende Bedeutung zukommt. Aber nicht nur die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft muss Sachsen-Anhalt meistern. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen seit langem, dass frühkindliche Erfahrungen den weiteren Entwicklungsweg eines Menschen nachhaltig beeinflussen. Auswirkungen positiver wie negativer früher Erfahrungen lassen sich bis ins Erwachsenenalter nachweisen. Auch hier muss Sachsen-Anhalt einen großen Schritt nach vorne machen.

### 2.1. Die Wirkungskette Bildung – Arbeit – Wirtschaft 2035

#### Negativszenario

Demografisch bedingt sinkt die Zahl der deutschen Erwerbspersonen in Sachsen-Anhalt von 2015 bis 2030 um 300.000 Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 67 Jahren. Das entspricht einem Minus von 21 Prozent. Dadurch wird der Arbeits- und Fachkräftemangels im Land angespannter werden. Bereits aktuell erfolgt der Beschäftigungszuwachs nur noch durch aus dem Ausland zugezogene Arbeitskräfte. Wenn nicht alle Potenziale ausgeschöpft werden (Schulabschlüsse für alle Schulabsolventen, Erhöhung der Erwerbsquote überproportional erwerbsloser Personengruppen, Akzeptanz Geflüchteter, Fachkräfteeinwanderung) ergeben sich negative Auswirkungen auf die Unternehmen und die Volkswirtschaft.

Die Auswirkungen eines Weiter-so auf die Unternehmen wären:

- Der wirtschaftliche Erfolg verringert sich, die Innovationsfähigkeit von Unternehmen wird gehemmt.
- Kosten und Aufwand zur Personalrekrutierung steigen und belasten insbesondere kleine Unternehmen.

Die Auswirkungen eines Weiter-so auf die Volkswirtschaft wären:

- Arbeits- und Fachkräftemangel verringern das Wirtschaftswachstum.
- Weniger Investitionen gehen mit überlasteten Kapazitäten einher.
- Wissen und Kreativität, die Treiber von Innovationen, gehen zurück.
- Verringerte Finanzkraft des Landes und der Kommunen begrenzen die Umsetzung der erforderlichen öffentlichen Investitionen.

Auch der anstehende Strukturwandel wird gravierende Auswirkungen auf die Produktions- und Arbeitswelt haben:

- Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung führt die Digitalisierung bei fast 25 Prozent der Beschäftigten (ca. 190.000) zu einem hohen Substituierbarkeitspotenzial, d.h. über 70 Prozent ihrer Tätigkeitsanteile könnten durch Computer oder IT-gestützte Maschinen erledigt werden. Fehlen notwendige Investitionen in Infrastruktur, Unternehmensberatung und Qualifizierung, so besteht ein hohes Risiko der Arbeitslosigkeit für die Beschäftigten, und der Aufbau neuer Arbeitsplätze, bspw. durch Innovation oder zusätzliche Dienstleistungen, kann nicht erfolgen.
- Der anstehende Ausstieg aus der Kohleverstromung in Sachsen-Anhalt geht einher mit dem Verlust von gut bezahlten Industriearbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Der Wegfall der Braunkohleindustrie kann Auswirkungen auf Standortentscheidungen der energieintensiven Unternehmen haben, die sich aufgrund der günstigen Energieversorgung dort angesiedelt haben.
- Durch die E-Mobilität dürften die technologiegetriebenen Arbeitsplatzverluste bis zum Jahr 2035 mehr als 100.000 Arbeitsplätze bundesweit betragen. Denn in E-Autos werden deutlich weniger komplexe Teile eingebaut als in Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Die größten Auswirkungen werden dabei im Fahrzeugbau zu erwarten sein. Hier sind vorrangig Fachkräfte betroffen sowie durch die Nähe zur Automobilindustrie in Niedersachsen und Sachsen die Auspendler in Sachsen-Anhalt.

## Vision

Ziel muss es sein, den Fachkräftebedarf zu sichern, um den Wohlstand unseres Landes zu erhalten. Denn optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen führen zu Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum durch den Zuzug von Arbeitskräften aus dem In- und Ausland. Daher sind Investitionen in den Strukturwandel wichtig, denn sie sichern die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts und führen zu neuen Industrien.

2035 soll sich dann konstatieren lassen:

- Die intensive Auseinandersetzung mit dem Braunkohleausstieg und die Investition der Bundesmittel in bestehende und zukunftssträchtige Branchen und Industrien ermöglichte den Erhalt der wertvollen Industriearbeitsplätze und konnte deren Anteil sogar ausbauen. Arbeitslosigkeit trat nicht in nennenswerten Umfang auf. Schwieriger war, die Sicherung des Fachkräftebedarfs für die Braunkohleindustrie bis zum Ausstieg zu gewährleisten.
- Die E-Mobilität hat mit hohen Investitionen in die Ladeinfrastruktur und der in den 2020er Jahren erhöhten Nachfrage nach E-Automobilen zu einem Beschäftigungsaufschwung in der Branche geführt und den Personalabbau der Automobilindustrie in Niedersachsen und Sachsen bei den Auspendlern kompensiert.

Mehr Beschäftigung vor Ort hat sich entwickelt durch

- die Nutzung der Nähe zu Berlin und Leipzig, wo Flächen teuer und knapp werden, als Lagegunst
- Co-Working-Spaces
- flexible Arbeitszeiten
- Tele-Arbeit

- Free-Lancing als produktive Knotenpunkte für Kreative und Unternehmer

Insgesamt ist 2035 der Zusammenhang zwischen Bildung, Arbeit und Wirtschaftsentwicklung im Handeln aller Akteure verankert:

- Qualitativ hochwertige Bildungsangebote stehen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit einem entsprechenden Personalschlüssel auf der Grundlage einer integrierten Sozialplanung zur Verfügung.
- Gute Bedingungen für Inklusion sind überall geschaffen. Es ist gelungen, Menschen mit Behinderungen gleichwertig in das Bildungs- und Beschäftigungssystem zu integrieren. Die Förderung des barrierefreien Zugangs zu Bildungs- und Arbeitsstätten und intensive persönliche Begleitung haben dies ermöglicht. Die zuständigen Träger der unterschiedlichen Bildungsangebote gewähren Flexibilität und Anschlussfähigkeit.
- Kein Schulabgänger geht an der ersten Schwelle verloren. Auch Jugendliche mit Unterstützungsbedarf können durch das umfangreiche Förderinstrumentarium der Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie die Sonderprogramme des Landes einen Ausbildungsplatz finden.
- Das mit der Wirtschaft abgestimmte Berufsorientierungskonzept des Landes hat dazu beigetragen, die hohe Ausbildungsabbrecherquote maßgeblich zu verringern.
- Es ist gelungen, einen Großteil der beschäftigten Auspendler und Weggezogenen durch gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen zurückzuholen.
- Die Erwerbsquote von Frauen konnte durch ein nachhaltiges Familienkonzept dauerhaft gesteigert werden, bspw. durch optimale Betreuungsangebote auch zu Rand- und Nachtzeiten oder flexible Arbeitszeitmodelle und -orte.
- Die Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern konnte bei den Über-60-Jährigen durch attraktive Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle gesteigert werden.
- Menschen mit Qualifizierungsbedarf, die arbeitslos oder in Beschäftigung waren, konnten mit einer konzertierten Aktion der Arbeitsmarktpartner einen beruflichen Abschluss oder arbeitsmarktrelevante Teilqualifizierungen erlangen. Dieser Prozess hält nach wie vor an.
- Durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurden die formellen Grundlagen zur Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten gelegt. Durch die spürbar gestiegenen Löhne, attraktiven Arbeitsbedingungen und einer geänderten Willkommenskultur konnte der Anteil ausländischer Arbeitskräfte auf Bundesniveau angehoben werden.

## 2.2. *Sachsen-Anhalt als Vorreiter bei der Verwirklichung von Bildungschancen 2035*

### Negativszenario

Sachsen-Anhalt muss in allen Bildungsbereichen, der frühkindlichen vorschulischen Bildung, der schulischen und beruflichen Bildung, der Hochschulbildung und der Erwachsenenbildung – Stichwort Lebenslanges Lernen – sein Potenzial deutlich besser ausschöpfen.

Derzeit erreichen etwa 10 Prozent aller Schulabgänger keinen Schulabschluss. Durch Lehrermangel fällt zu viel Unterricht aus. Kinder Geflüchteter, aber auch sozial schwacher Familien ohne entsprechende vorschulische Bildung sind mit Eintritt in die Schule erheblich benachteiligt – ein Manko, das sie kaum aufholen können. Familien- und arbeitnehmerfreundliche Kinderbetreuung ist nicht flächendeckend gegeben. Nicht immer werden Schülerinnen und Schülern in weiterführenden Schulen ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildungsangebote unterbreitet. Auch Eltern fühlen sich nicht durchweg in der Lage, entsprechende Hilfestellungen zu geben.

### Vision

Für die verschiedenen Bildungsbereiche haben sich bis 2035 wesentliche qualitative Veränderungen ergeben:

### *Frühkindliche Bildung 2035*

- Verbindliche Fördermaßnahmen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind gegeben.
- Der Besuch frühpädagogischer Einrichtungen von hoher Qualität in kleinen Gruppen (in Ganztagsbetreuung) ist verbindlich und ein Markenzeichen geworden. Das pädagogische Personal hat eine Garantie auf Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- Familien- und arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten sind grundsätzlich gewährleistet, Betreuungsangebote vorschulischer Einrichtungen landesweit gegeben. Ein verpflichtendes, kostenloses Kindergartenjahr für alle Vorschulkinder ist etabliert.
- Unter Einbindung von Kitas und Eltern sind verpflichtende Programme eingerichtet, die auf den Erwerb von Sprachkompetenz der Kinder abzielen, die nicht mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen sind. Damit können diese Kinder bei der Einschulung den Schulalltag gleich gut bewältigen und die schulische Ausbildung mit gutem Erfolg durchlaufen.

### *Schulische Bildung 2035*

- Es gibt ausreichend fachlich geeignetes Lehrpersonal und entsprechende Referendariatsstellen. Ein kontinuierlicher Unterricht ist gewährleistet. Das Lehrpersonal hat attraktive Arbeitsbedingungen (Vergütung, Verbeamtung). Das sachsen-anhaltische Schulsystem gehört zu den erfolgreichsten in der Bundesrepublik.
- Inklusive schulische Angebote werden grundsätzlich und durchgehend durch speziell geschultes Lehrpersonal ergänzt und unterstützt. Dieses ermöglicht die gezielte Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Das inklusive Miteinander wird von allen auch als eine persönliche Bereicherung empfunden, die den weiteren Lebensweg prägt. Auch hochbegabte Schülerinnen und Schüler erhalten Möglichkeiten spezieller Förderungen.
- Die MINT-Bildung ist bereits in den Grundschulen gestärkt, es gibt eine enge Partnerschaft mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern bzw. der örtlichen Wirtschaft.
- Die digitale Infrastruktur in Schulen ist sichergestellt, und die digitale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler ist ein selbstverständliches Bildungsziel.
- Der Ausbau von Gesamtschulen ist deutlich vorangeschritten; eine Schullaufbahntrennung ist erst nach der 8. Klasse vorgesehen.
- Die Bildungsberatung und -information für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern ist ausgebaut, und die Verantwortung der Eltern bei der Bildung wird eingefordert.
- Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen sowie ihre Eltern werden nicht nur über Studienmöglichkeiten informiert. Ihnen werden auch der Wert, die Wichtigkeit und die Perspektiven von Ausbildungsberufen vermittelt. Praktika in verschiedensten Unternehmen (Produktion, kaufmännische oder soziale Bereiche, Handwerk) sind in der schulischen Ausbildung verankert.

### *Berufliche Bildung 2035*

- Nach dem Motto „Keiner darf zurückgelassen werden“ gibt es innovative Programme, um auch Jugendlichen ohne Schulabschluss Perspektiven zu vermitteln.
- Jugendlichen, die in keinen Ausbildungsplatz vermittelt werden können, erhalten grundsätzlich die Möglichkeit, in einer einjährigen Berufsfachschule ein anrechenbares erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren.
- Auf Branchenebene ist ein Umlagesystem der Ausbildungskosten eingeführt worden: Alle Unternehmen zahlen einen bestimmten Betrag in einen gemeinsamen Fonds ein. Betriebe, die ausbilden, bekommen dann einen Teil ihrer Kosten aus dem Fonds erstattet, Betriebe, die nicht ausbilden, erhalten keine Rückerstattung. Davon profitieren auch nichtausbildende kleinere Betriebe.

- Die berufliche Orientierung an Gymnasien hat einen deutlich stärkeren Stellenwert erhalten. Schulen haben die Chancen und die Verantwortung ergriffen, Schulabgängerinnen und -abgänger passgenau ihren Potenzialen und Neigungen entsprechend auch in berufliche Ausbildungen zu überführen. Damit wird auch die Abbruchquote von Studierenden deutlich gesenkt.
- Um Schulabgängern mit gleichermaßen praktischen wie theoretischen Interessen die Entscheidung über ihre Bildungslaufbahn zu erleichtern, bieten die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ihre Studiengänge regelhaft auch im Modus des dualen Studiums an.

### *Hochschulbildung 2035*

- Die Hochschulen verfügen weiterhin über ein breites und exzellentes Studienangebot.
- Durch individuelle Anreize von und Vereinbarungen mit ländlichen Regionen hat sich die Niederlassungsrate von Haus- und Fachärzten bis 2035 im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet vorbildlich entwickelt.
- Die Ausbildungsquote von Lehrerinnen und Lehrern ist 2035 für alle Schultypen optimal erreicht; auch Sonderpädagoginnen und -pädagogen können den inklusiven Unterricht maßgeblich unterstützen.
- Die noch engere personelle Verflechtung zwischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Technologie- und Gründerzentren bietet Absolventinnen und Absolventen beste Möglichkeiten für den Start ins Berufsleben. Junge Menschen werden dadurch im Land gehalten und Rückkehrwilligen exzellente Chancen geboten.
- Vor allem die vermehrte Einrichtung und der Ausbau berufsbegleitender Studiengänge ertüchtigen bestens für die Bewältigung steigender Herausforderungen des Berufslebens.
- Die wirtschaftlichen Potenziale wissenschaftlicher Erkenntnisse erhöhen die Ansiedlungsbereitschaft innovativer Unternehmen enorm und sichern den wirtschaftlichen Erfolg des Landes.

### *Lebenslanges Lernen 2035*

- Sachsen-Anhalt nimmt bei der Nachfrage und der Wahrnehmung von Weiterbildungsangeboten unter allen Bundesländern den Spitzenplatz ein.
- Arbeitgeber investieren überproportional in die individuelle betriebliche Bildung ihrer Mitarbeitenden, vor allem auch der Über-55-Jährigen und derjenigen mit geringerem Bildungsabschluss, gegebenenfalls auch durch längere Freistellungen. Dadurch wird diese Alterskohorte die noch vor ihnen liegenden Berufsjahre in der Regel mit großem Engagement gestalten und steigt nicht durch Vorruhestand vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus. Je nach Bildungsangebot, Motivation und Gesundheitszustand sind sie auch bereit, länger im Berufsleben zu verbleiben und erhöhen die Beschäftigungsquote von älteren Mitarbeitenden.
- Arbeitgeber investieren überproportional in die Gesundheitsvorsorge der Über-55-Jährigen, auch in diejenigen, die nicht immer gesundheitsbewusst gelebt haben und für die die Arbeitsbedingungen physisch und psychisch belastend sind. Sie sichern dieser Personengruppe damit die längere Teilhabe am Berufsleben.
- Zur Finanzierung dieser Maßnahmen hat Sachsen-Anhalt eine Gesamtstrategie entworfen, die die zuvor deutlich geringere Weiterbildungs- und Beschäftigungsquote Älterer kompensiert, zugleich aber auch den besonderen Fähigkeiten und Interessen älterer Menschen Rechnung trägt. Dazu gehören auch Anreize für die eigenverantwortliche Weiterbildung wie Bildungsprämie, steuerliche Entlastung, Bildungsurlaub.
- Arbeitgeber haben verstanden, dass mit zunehmendem Alter die Kraft, die Schnelligkeit, die Belastbarkeit und das Kurzzeitgedächtnis der Mitarbeitenden nachlässt, „Verluste“ die oftmals durch Kompetenzgewinne in anderen Bereichen kompensiert werden. Insofern setzen sie ältere Mitarbeitende gern in gemischten Teams ein.

## Vision 2035 im Überblick

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolg des deutschen Modells beruht auf regionaler, politischer und kultureller Vielfalt. Diese als Ressource zu nutzen, kann nur gelingen, wenn wir uns zu mehr Autonomie bekennen und das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden. Wenn nicht entschieden gegengesteuert wird, wird sich der Schrumpfungs- und Alterungsprozess bis 2035 verstärken. Daher bedarf es der Entwicklung von

- Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe sowie
- Bildung in ihrem Zusammenhang mit Arbeit und Wirtschaftsentwicklung

Dann kann es gelingen, das, was wir hier vorschlagen, bis 2035 zu realisieren:

- Sachsen-Anhalt hat die Bedeutung von Familien als kleinster gesellschaftlicher Einheit und die Aufwertung der gesellschaftlichen Arbeit in den Kommunen und ihrer Nähe zum Bürger in den Fokus einer neuen Herangehensweise in Politik und Verwaltung gestellt.
- Neben den Großstädten Halle und Magdeburg sind auch die Dörfer, Klein- und Mittelstädte lebendige und familiengerechte Lebensorte. Auf Grund unterschiedlicher geografischer Bedingungen und historischer Gegebenheiten bietet jeder Ort im Vergleich zu anderen Alleinstellungsmerkmale. Damit sind sie in unterschiedlicher Weise für die verschiedenen Altersgruppen als Wohn- und Arbeitsort attraktiv. Austausch und Hilfen zwischen den einzelnen Ortschaften sind durch verschiedene Netzwerke auf den unterschiedlichsten Ebenen gegeben.
- Die Nähe zu Berlin und Leipzig, wo Flächen teuer und knapp werden, konnte als Lagegunst genutzt werden. Wichtige Treiber waren dabei die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hervorragende wissenschaftliche Ausstattung, die flächendeckende Digitalisierung, die Verankerung einer allgemeinen Bildungsorientierung in Bevölkerung und Verwaltungen, die Ertüchtigung und Befreiung der (Kommunal-)Verwaltungen von Bürokratisierung sowie eine Entschlackung der Fördermittelverwaltung.
- Bildung wurde aus der Wahrnehmung eines ‚weichen‘ Faktors der Landesentwicklung befreit. Die allgemeine Bildungsorientierung ist etabliert als grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und für die Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge. Auf der Basis von Bildung und Qualifikation sind Arbeitsplätze geschaffen und erhalten worden. So konnte die Wirtschaftskraft des Landes erhalten und gestärkt werden.
- Ein Teil der demografischen Probleme konnte durch erfolgreiche Integration von Zuwanderern gelöst werden. Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung und religiöser Zugehörigkeit gut und gerne leben.
- Die Daseinsvorsorge ist weiterhin prominente Aufgabe der verschiedenen staatlichen Ebenen. Da angesichts der demografischen Entwicklung die zentrale Steuerung der Aufgaben aber an ihre Grenzen stieß, sind Rahmenbedingungen für eine regionale bis hin zur individuellen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge geschaffen worden. Ideen werden entwickelt durch hohe Bürgerbeteiligungsprozesse, die von einer bürgernahen Verwaltung begleitet werden. Dabei werden alle Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen und die Teilhabe auf deren Möglichkeiten abgestimmt. Entscheidungen höherer Gremien werden gegenüber regionalen Gremien begründet.

## Die Maßnahmen in Stichworten:

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
<b>Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe</b>		
<b>Gesellschaftliche Teilhabe und intergenerative Beziehungen</b>	Bürgerbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> <li>regionale und lokale Finanzbudgets in Eigenverantwortung und -verwaltung incl. Bürgerbeteiligung</li> <li>zahlreiche örtliche Genossenschaften</li> <li>Bedarfserkundungen unter Bürgerbeteiligung</li> <li>Einsatz von Bürgerbeteiligungskordinatoren</li> <li>angebaute bürokratischer Hürden</li> <li>ressortübergreifende Förderungen</li> <li>Anerkennung bürgerschaftlicher Leistungen als unbare Leistungen bei Fördermittelanträgen</li> <li>Entschlackung der Fördermittelverwaltung</li> <li>regionale Austauschplattformen zu Mobilität, ökologischem Bauen, Mehrgenerationenmodelle, Versorgungs- und Dienstleistungsangebote, Gesundheitsvorsorge</li> </ul>
	Zusammenhalt	<ul style="list-style-type: none"> <li>breite Mitarbeit in den Vereinen</li> <li>Pflege der Kulturlandschaften und des kulturellen Erbes</li> <li>Entwicklung von Energie-Autarkie über Genossenschaften</li> <li>Eröffnung und Erhalt von genossenschaftlich geführten Dorfläden</li> <li>Landtourismus</li> <li>regelmäßige dörfliche Gemeinschaftsveranstaltungen</li> <li>würdevolles Altern in örtlicher Gemeinschaft</li> </ul>
	intergenerative Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehrgenerationenhäuser</li> <li>Großeltdienste</li> <li>kollektive Treffpunkte: Gemeinderäume, Kultur- oder Gesellschaftshäuser</li> </ul>
<b>Aufgewertete Familien</b>	Familien und Zeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>vereinbarkeitsfokussierte Betreuungszeiten und Randbetreuungszeiten in Kitas, Horten und (Tages-)Pflegeeinrichtungen incl. Kostenbeteiligung der Arbeitgeber</li> <li>wohnort- oder arbeitsplatznahe Kindertageseinrichtungen und Schulen</li> <li>Souveränität in Arbeitszeit und Arbeitsort: flexible Teilzeitmodelle und Tele-Arbeit</li> <li>pflegeunterstützende Modelle etabliert</li> <li>Flächendeckend Familienbüros</li> <li>öffentliche Infrastruktur auf Vereinbarkeit ausgerichtet</li> <li>E-Gouvernementstrukturen: durchschaubar und nutzerorientiert</li> </ul>
	Familien und Geld	<ul style="list-style-type: none"> <li>gesellschaftliche Teilhabe mit jedem Familienbudget möglich</li> <li>Kinderbetreuung und Pflegezeiten sind anerkannt und ohne Einkommens-/Renteneinbußen möglich</li> <li>Kinderbetreuung ist kostenfrei</li> <li>Kinder sind kein Armutsrisiko</li> </ul>
	Familien und Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>digitale Infrastruktur überall zugänglich</li> <li>Zugang zu präventiven und gesundheitsvorsorgerischen Angeboten gewährleistet</li> <li>lokale Begegnungsstätten werden multifunktional eingesetzt: Treffpunktfunktion, Bildungsangebote, Beratungen und medizinische Betreuung</li> <li>Mobilitätsangebote auf die Bedarfe aller Generationen ausgerichtet und finanzierbar</li> </ul>
<b>Gestärkte Kommunen</b>	Administration	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abbau der kommunalen Altverschuldung</li> <li>Flexibilisierung von Standards und Abbau von Pflichtaufgaben</li> <li>Stärkung der Gestaltungsrechte der Ortschaften</li> <li>Verbesserung der Beratung und des Informationsaustauschs zwischen den Kommunen</li> <li>öffentliche Sicherheit und Ordnung sind gewährleistet</li> <li>genügendes Personal zur Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols</li> </ul>
	Nutzung der Rechtsform der Genossenschaft zur Bürgerpartizipation	<ul style="list-style-type: none"> <li>Übernahme der Gründungskosten für Bürger- oder Infrastrukturgenossenschaften durch das Land</li> <li>leicht erreichbare Gründungsberatung etabliert</li> <li>Förderrichtlinien vereinheitlicht und flexibler gestaltet</li> </ul>

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
	kommunales und zivilgesellschaftliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> <li>• flexible und hinreichend finanzierte organisatorische Rahmenbedingen</li> <li>• „Soziale Dorfentwicklung“ ist Teil der Förderrichtlinie zur Dorferneuerung</li> <li>• Förderprogramm für die Gründung und Begleitung von Genossenschaften zur Sicherung der Daseinsvorsorge, für Zusammenwachsen der örtlichen Gemeinschaften und Bewusstsein für lokale Demokratie etabliert</li> <li>• Sachsen-Anhalt ist Experimentierfeld für Innovationen für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes ein: Experimentierklausel mit Flexibilisierung bundesgesetzlicher Vorgaben</li> <li>• neben den Großstädten Halle und Magdeburg sind auch die Dörfer, Klein- und Mittelstädte lebendige und familiengerechte Lebensorte</li> <li>• jeder Ort bietet im Vergleich zu anderen Alleinstellungsmerkmale: Attraktivität für die verschiedenen Altersgruppen</li> <li>• Austausch und Hilfen zwischen den einzelnen Ortschaften durch verschiedene Netzwerke</li> <li>• neue Ideen werden durch hohe Bürgerbeteiligungsprozesse entwickelt, begleitet von bürgernahe Verwaltung</li> <li>• Entscheidungen höherer Gremien werden gegenüber regionalen Gremien begründet</li> </ul>
<b>Medizinische Versorgung</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Krankenhäuser, Präventions- und Rehabilitationszentren nach wie vor an zentralen Orten</li> <li>• optimales Entlassmanagement der Krankenhäuser mit Integration von Pflege und Rehabilitation</li> <li>• ambulante Versorgung in ländlichen Räumen ist stabilisiert: Landärztin/Landarzt, Gemeindeschwester/Gemeindepfleger, Kooperationen zwischen allen Gesundheitsberufen und -diensten</li> <li>• digitale Möglichkeiten werden ausgeschöpft</li> <li>• Pflege zuhause ist problemlos möglich, da auch Pflegeleistungen durch Familienangehörige oder Nachbarn angemessen vergütet werden</li> </ul>
<b>Migration und Integration</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hemmnisse sind auf allen Ebenen abgebaut</li> <li>• Migrantenorganisationen sind anerkannte Ansprechpartner der Politik und Administration.</li> <li>• es besteht ein differenziertes Bild über Belange der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund</li> <li>• handlungsleitend ist das Konzept der Transkulturalität</li> <li>• Grenzen zwischen den unterschiedlichen Kulturen sind durchlässiger geworden</li> </ul>
<b>Digitalisierung und Energie- und Wasserversorgung</b>	Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Breitbandversorgung ist flächendeckend, da als staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge begriffen</li> <li>• Unternehmern fällt es leicht, sich für den ländlichen Raum zu entscheiden</li> <li>• flexible Arbeitszeitmodelle und die Chance zu ortsunabhängigem Arbeiten sind gegeben</li> </ul>
	Energie- und Wasserversorgung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kommunaler Einfluss ist mindestens gleichgeblieben, z.T. durch Rekommunalisierungen gewachsen</li> <li>• Versorgungssicherheit wird wesentlich über regionale und lokale Verteilnetze gewährleistet</li> <li>• Privathaushalte haben die Möglichkeit, sich selbst weitgehend autark mit Energie zu versorgen</li> <li>• Wasserversorgung ist über kommunale Versorger dezentral gesichert</li> <li>• Entsorgung und Kreislaufwirtschaft durch dezentrale und regionale Versorgungswirtschaft positiv beeinflusst</li> </ul>
<b>Wohnen und ÖPNV</b>	Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• dank gezielter Strukturförderung wohnortnahe Arbeiten weitgehend möglich</li> <li>• Tele-Arbeit ist möglich</li> <li>• kaum jemanden ist gezwungen, in die Zentren zu ziehen</li> <li>• aufgrund des verminderten Zuzug-Drucks auch in den Zentren bezahlbarer Wohnraum</li> </ul>

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
	Verkehrsverbindungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• gut ausgebautes Netz von Schienenfern- und nahverkehr und Bus besteht nach wie vor</li> <li>• Bündelung der Tarifsysteme</li> <li>• Selbsthilfe – z.B. dörfliche Mitfahrzentrale, Hol- und Bringdienste – ist eingeführt und selbstverständlicher Bestandteil der Lebenskultur</li> <li>• Rufbusse und lokale Mitfahrgelegenheiten gewährleisten Mobilität für ältere wie auch jüngere Menschen</li> <li>• ländliche Wegesystem: so ausgebaut, dass auch mit dem Fahrrad zentrale Orte gut erreichbar sind</li> </ul>
<b>Bildung – Arbeit – Wirtschaft</b>		
Die Wirkungskette		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachkräftebedarf ist gesichert durch arbeitskräftebezogene Investitionen in den Strukturwandel</li> <li>• Braunkohleausstieg und Bundesmittel haben zukunftsträchtige Branchen und Industrien ermöglicht</li> <li>• E-Mobilität-Investitionen haben Personalabbau der Automobilindustrie bei den Auspendlern kompensiert</li> <li>• mehr Beschäftigung vor Ort durch Co-Working-Spaces, flexible Arbeitszeiten, Tele-Arbeit und Freelancing</li> <li>• gute Bedingungen für Inklusion sind überall geschaffen</li> <li>• qualitativ hochwertige Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene stehen auf Grundlage integrierter Sozialplanung zur Verfügung</li> <li>• kein Schulabgänger geht an der ersten Schwelle ins Berufsleben verloren</li> <li>• Berufsorientierungskonzept verringert Ausbildungsabbrüche weitgehend</li> <li>• ein Großteil der Auspendler und Weggezogenen ist durch gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen zurückgekehrt</li> <li>• Frauen-Erwerbsquote ist durch ein nachhaltiges Familienkonzept dauerhaft hoch</li> <li>• Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern ist bei Über-60-Jährigen durch attraktive Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle relevant</li> <li>• Menschen mit Qualifizierungsbedarf haben beruflichen Abschluss oder arbeitsmarktrelevante Teilqualifizierungen erlangt</li> <li>• durch Fachkräfteeinwanderungsgesetz, gestiegene Löhne, attraktive Arbeitsbedingungen und Willkommenskultur liegt der Anteil ausländischer Arbeitskräfte auf Bundesniveau</li> </ul>
Verwirklichung von Bildungschancen	Frühkindliche Bildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• verbindliche Fördermaßnahmen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien</li> <li>• Besuch frühpädagogischer Einrichtungen von hoher Qualität in kleinen Gruppen und Ganztagsbetreuung ist ein Markenzeichen</li> <li>• Familien- und arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten sind gewährleistet, Betreuungsangebote vorschulischer Einrichtungen landesweit gegeben.</li> <li>• verpflichtendes, kostenloses Kindergartenjahr für alle Vorschulkinder ist etabliert</li> <li>• verpflichtende Programme zum Erwerb von Sprachkompetenz der Kinder sind eingerichtet</li> </ul>
	Schulische Bildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ausreichend fachlich geeignetes Lehrpersonal und Referendarstellen vorhanden</li> <li>• kontinuierlicher Unterricht ist gewährleistet</li> <li>• Lehrpersonal hat attraktive Arbeitsbedingungen</li> <li>• inklusive schulische Angebote durchgehend durch speziell geschultes Lehrpersonal ergänzt und unterstützt.</li> <li>• hochbegabte Schülerinnen und Schüler erhalten Möglichkeiten spezieller Förderungen</li> <li>• MINT-Bildung ist bereits in den Grundschulen gestärkt</li> <li>• digitale Infrastruktur in Schulen ist sichergestellt, digitale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler ein selbstverständliches Bildungsziel</li> <li>• Ausbau von Gesamtschulen ist deutlich vorangeschritten</li> <li>• Schullaufbahntrennung erst nach der 8. Klasse</li> <li>• die Bildungsberatung und -information für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern ist ausgebaut</li> <li>• Wert, Wichtigkeit und Perspektiven von Ausbildungsberufen werden vermittelt, u.a. durch schulbegleitende Praktika in Unternehmen</li> </ul>

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
	Berufliche Bildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• es gibt innovative Programme, um auch Kindern ohne Schulabschluss Perspektiven zu vermitteln</li> <li>• Jugendliche ohne Ausbildungsplatz erhalten die Möglichkeit eines einjährigen Berufsfachschulbesuchs als anrechenbares erstes Ausbildungsjahr</li> <li>• auf Branchenebene besteht ein Umlagesystem der Ausbildungskosten: Alle Unternehmen zahlen in einen gemeinsamen Fonds ein. Davon profitieren auch nichtausbildende kleinere Betriebe</li> <li>• berufliche Orientierung auch an Gymnasien hat bedeutsamen Stellenwert</li> <li>• Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bieten ihre Studiengänge regelhaft auch im Modus des dualen Studiums an</li> </ul>
	Hochschulbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Hochschulen verfügen anhaltend über ein breites und exzellentes Studienangebot</li> <li>• durch individuelle Anreize und Vereinbarungen mit ländlichen Regionen gibt es genügend Haus- und Fachärzte/-ärztinnen</li> <li>• die Ausbildungsquote von Lehrerinnen und Lehrern ist für alle Schultypen optimal erreicht</li> <li>• Verflechtung zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren bietet Absolventinnen und Absolventen beste Möglichkeiten für den Start ins Berufsleben</li> <li>• vermehrte Einrichtung berufsbegleitender Studiengänge</li> <li>• wirtschaftliche Potenziale wissenschaftlicher Erkenntnisse erhöhen die Ansiedlungsbereitschaft innovativer Unternehmen</li> </ul>
	Lebenslanges Lernen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bundesweiter Spitzenplatz bei Nachfrage und Wahrnehmung von Weiterbildungsangeboten</li> <li>• Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen investieren überproportional in betriebliche Bildung ihrer Mitarbeitenden, vor allem auch der Über-55-Jährigen</li> <li>• je nach Bildungsangebot, Motivation und Gesundheitszustand sind Ältere bereit, länger im Berufsleben zu verbleiben</li> <li>• Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen investieren überproportional in die Gesundheitsvorsorge der Über-55-Jährigen</li> <li>• Sachsen-Anhalt unterstützt dies durch eine Gesamtstrategie incl. Bildungsprämien, steuerlichen Entlastungen und Bildungsurlaub</li> <li>• Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen setzen ältere Mitarbeitende gern in gemischten Teams ein</li> </ul>

Die hier vorgelegte Vision überschneidet sich in vielen Punkten durchaus mit den Programmen politischer Parteien im Land. Einige der Vorschläge sind dann an politische Programmatiken anschlussfähig, wenn eine veränderte Perspektive auf die Landesentwicklung eingenommen wird. Viele der angesprochenen Notwendigkeiten bedürfen keiner zusätzlichen Finanzmittel, sondern veränderter Regularien und Abläufe. Andere Punkte erfordern zwar zunächst den Einsatz von Mitteln, reduzieren dann jedoch Folgekosten, die im Falle von Nichthandeln anfallen würden.

Im Demografie-Beirat sind verschiedenste Akteure vertreten. Dass diese sich auf dieses Papier einvernehmlich verständigen konnten, sollte als Zeichen gewertet werden: Es sind Konsense möglich, die sowohl Einzelinteressen bündeln als auch das Gesamtinteresse in den Vordergrund rücken. Die Mitglieder des Demografie-Beirats 2016–2021 mit ihrem Netzwerk in der Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt sind bereit, am Entwerfen sektoren- und problemspezifischer Handlungskonzepte mitzuwirken.